

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Schul-, Sport- und Kulturausschuss
Sitzungsdatum:	Dienstag, den 03.12.2013
Sitzung Nummer:	41 (SSKA/41/2013)
Sitzungsdauer:	17:00 - 20:00 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungssaal "Stendal"

Edith Braun
Vorsitzende

Sabine Herzog
Protokollführung

Anwesend:

Vorsitz

Frau Edith Braun

Mitglieder

Herr Günter Bartels

Herr Wolfgang Kühnel

Herr Bernd Prange

Herr Dr. Henning Richter-Mendau

zeitweise bis 18:30 Uhr; die Vertretung nimmt Herr
Trumpf wahr

Herr Tiemo Schönwald

Herr Peter Zimmermann

beratende Mitglieder

Herr Frank Wiese

sachkundige Einwohner

Frau Rosemarie Dizner

Frau Grit Dräger

Herr Dr. Gerd Heckenberger

Herr Sven Oeberst

Frau Jutta Schwarzer

Protokollführer

Frau Sabine Herzog

von der Verwaltung

Frau Dr. Ulrike Bergmann

Frau Ulrike Bollfraß

Herr Matthias Claus

Herr Dr. Denis Gruber

Frau Almut Krüger

Dezernent
Sachgebietesleiterin Finanzen
zeitweise

Frau Doreen Milferstädt

zeitweise

Frau Karin Raeck

Gäste

Frau Karina Beer

Herr Matthias Botening

Frau Manuela Buchner

Frau Christina Conrad

Andre Didouna

Bürgerin aus Schollene
Elternvertreter/ wohnhaft in Bretsch
Elternvertreter
Elternteil aus Rochau
Elternvertreter/ wohnhaft in Hassel

Antje Dienst	Elternteil/wohnhaf in Rochau
Sarah Engel	Elternteil/wohnhaf in Rochau
Susann Feresztyn	Elternvertreterin der Grundschule Iden
Frau Steffi Friedebold	Vertreterin des Gemeindeates Schollene
Herr Volkmar Haase	Ehemaliger Bürgermeister der Hansestadt Werben
Sebastian Heinike	Vertreter Verbandsgemeinderat/ wohnhaft in Schollene
Herr Oliver Heymann	Pressevertreter der Altmark-Zeitung Stendal
Frau Nancy Hundt	Elterninitiative Rochau
Herr Horst Janas	Kreistagsmitglied/wohnhaf in Flessau
Michael Jüstel	Elternrat der Grundschule Sanne
Herr Dirk Kautz	Bürgermeister der Gemeinde Hohenberg-Krusemark
Herr Rüdiger Kloth	Bürger aus Aulosen
Kathrin Kreibe	Elternvertreterin/ wohnhaft Chausseehaus Hassel
Herr Norbert Kuhlmann	Bürgermeister der Gemeinde Iden
Jenifer Kunstler	Elternteil/wohnhaf in Wust
Frau Sandra Kurth	Bürgerin aus Belkau und Stellvertr.Kreiselterrat
Frau Dörthe Lobcke	Eltenteil aus Rochau
Katrin Lüders	Bürgerin aus Iden
Frau Nicole Magerin	Elternteil OT Gagel" Altmärkische Höhe"
Herr Jens-Uwe Marquardt	Rektor der Grundschule Iden
Frau Manuela Marquardt	Lehrerin an der Grundschule Iden
Herr Torsten Mehlkopf	Amtsleiter Hansestadt Stendal
Frau Anja Meyer	Elternvertreterin der Kindertagesstätte Wust
Frau Anke Müller	Vertreterin der Hansestadt Osterburg
Frau Silke Naumann	Elternvertreter/ wohnhaft in Lindenberg
Alexandra Nelke	
Frau Susanne Nothdurft	Elternverteter/ wohnhaff in Rohrbeck
Herr Rainer Pempel	Vorsitzender des Fördervereins Grundschule Iden
Torsten Peters	Bürger aus Klietz und Vertreter des Bürgerbegenrens
Frau Doreen Richter	Elternvertreter/ wohnhaft in Iden
Frau Susann Schulze	Rektorin der Grundschule Arneburg
Herr Karlheinz Schwerin	Beauftragter der Verbandsgemeinde Arneburg- Goldbeck und Bürgermeister der Gemeinde Eichstedt
Herr Eike Trumpf	Verbandsgemeindebürgermeister der Verbandsgemein- de Arneburg-Goldbeck
Frau Diana Voigt	Förderverein Schollene
Jana Wehage	Elternvertreterin der Grundschule Iden
Frau Kerstin Wischer	Bürgerin der Gemeinde Schollene
Herr Bernd Witt	Verbandsgemeindebürgermeister der Verbandsgemein- de Elbe- Havel-Land
Frau Susann Worsch	Elternteil OT Dewitz "Altmärkische Höhe"
Frau Stefanie Zeitze	Elternvertreterin / wohnhaft in Deutsch
Herr Bernd Zürcher	Regionalleiter Parität

Abwesend:

sachkundige Einwohner
Frau Karin Köppe

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung
- 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 40. Sitzung vom 19.11.2013

- 4 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2014 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen
Vorlage: 514/2013
 - 5 Ergänzung der Satzung zur Schülerbeförderung im Landkreis Stendal, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 23 vom 21. Oktober 2009
Vorlage: 526/2013
 - 6 Diverse Beschlussvorlagen zur Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19 für den Landkreis Stendal
- Siehe Fachausschuss vom 19.11.13
- Beschlussvorlagen werden nachgereicht
 - 7 Mittelfristige Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19 für den Landkreis Stendal
Vorlage: 531/2013
 - 8 Anfragen und Hinweise
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende, Frau Braun, eröffnet um 17:00 Uhr die 41. Sitzung des Fachausschusses. Sie begrüßt die anwesenden Ortsbürgermeister, die Kreistagsmitglieder, die sachkundigen Einwohner, die Vertreter der Verwaltung, die Pressevertreter, den Kreiselterntsratsvorsitzenden sowie alle weiteren Anwesenden.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung

Frau Braun stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Von den Fachausschussmitgliedern fehlt Frau Köppe. Der Ausschuss ist beschlussfähig.

Sie gibt folgenden Hinweis: Im TOP 6 werden die vorbereiteten Drucksachen DS 528, DS 529 und DS 530 ersatzlos gestrichen und von der Tagesordnung genommen. Unter TOP 6 werden dazu gesonderte Ausführungen gemacht und Anträge zur Schulentwicklungsplanung detailliert betrachtet.

zu TOP 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 40. Sitzung vom 19.11.2013

Die Niederschrift wurde am 29.11.2013 nachgereicht. Es gibt keine Anfragen und Hinweise zur Niederschrift der 41. Sitzung vom 19.11.2013. Damit gilt der öffentliche Teil der Niederschrift als festgestellt.

zu TOP 4 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2014 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen Vorlage: 514/2013

Frau Braun bittet Frau Krüger darum, Ausführungen zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan 2014 zu machen.

Frau Krüger erläutert die Eckpunkte des doppischen Haushaltsplanes 2014, der allen Kreistagsmitgliedern vorliegt. Wesentliche Eckpunkte im Haushaltsplan stellen die Investitionen in den Schulen, insbesondere in der Sekundarschule „Diesterweg“ Stendal und der Sekundarschule „H.Brunsborg“ Tangermünde sowie Straßenbaumabnahmen und Brückenbauvorhaben dar.

Frau Stannull bekräftigt die Aussage und ergänzt, dass bei dem neuen doppischen Haushalt die Kostenstellen mit einzelnen Konten hinterlegt sind. Für das Jahr 2014 sind 6.756.300,00 € eingeplant, d.h. 300.000 € mehr als 2013. Der Mehrbedarf resultiert zum Beispiel aus der Erhöhung von Betriebskosten, Mieten und Pachten. Im Haushaltsplan sind 23 Produkte enthalten, wie z.B. Schulen, Museen und andere Einrichtungen. Für 2014 sind Ausgaben im Ergebnishaushalt in Höhe von 2.473.600,00 € geplant, dabei stellt das Markgraf-Albrecht-Gymnasium Osterburg mit 425.000 € einen großen Posten dar. Außerdem ist die Mauerwerkstrookenlegung am Hildebrand-Gymnasium geplant. Im investiven Bereich sind für die Antragstellung im Rahmen der STARK III-Förderung bereits 40.000 Euro für Planungsleistungen an der Gemeinschaftsschule „W. Wundt“ Tangerhütte vorgesehen.

Frau Braun dankt den beiden Referentinnen für die Vorträge. Sie fragt an, ob gesagt werden kann, wieviel Prozent von dem geplanten Schulinvestitionsplan 2005-2013 verwirklicht werden konnten.

Frau Stannull stellt fest, dass die größten Posten in der Vergangenheit die Sanierung der Sekundarschule „Comenius“ Stendal, des Schulzentrums „Havelberg“ und der Sekundarschule Osterburg waren. Darüber hinaus wurden an vielen Schulen Instandhaltungsmaßnahmen durchgeführt und ein hoher Prozentsatz konnte realisiert werden. Es erfolgt eine konkrete Information dazu in der nächsten Fachausschusssitzung am 21.01.2014.

Frau Dr. Bergmann spricht zu den schülerbezogenen Ausgaben. Eine Kontinuität der letzten Jahre ist erkennbar (Siehe Arbeitsmaterial: Zusammenfassung der Erfüllung der schülerbezogenen Ausgaben mit Stand vom 09.07.2013)

Alle wichtigen Vorhaben sind im Hochbauamt /Gebäudemanagement oder im Schulverwaltungs- und Kulturamt verankert bzw. vertraglich geregelt.

Herr Oeberst stellt in Vorbereitung des neuen Haushaltes die Anfrage, ob die Fördersätze für Schüler im gemeinsamen Unterricht (Inklusion) beachtet wurden und ob hier der Ansatz für die Förderschulen oder der der Sekundarschulen genommen wurde.

Frau Dr. Bergmann erklärt, dass diese Anteile mit im Haushaltsansatz verankert und alle Kinder im gemeinsamen Unterricht im Schuljahr 2013/14 erfasst sind.

Frau Braun merkt an, dass am heutigen Abend viele Eltern hier sind, die sich für die pro Kopf-Zahlen in den einzelnen Schulen interessieren. Dieses ist in einem Protokollanhang darzustellen und mit Herrn Oeberst sollte ein Erörterungsgespräch zu den einzelnen Förderansätzen geführt werden.

.Da keine weiteren Anfragen gestellt werden, beendet Frau Braun den TOP 4.

einstimmig zugestimmt

**zu TOP 5 Ergänzung der Satzung zur Schülerbeförderung im Landkreis Stendal, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 23 vom 21. Oktober 2009
Vorlage: 526/2013**

Frau Br. Bergmann erklärt, dass es das Ziel ist, den Inklusionsgedanken mit in die Satzung zur Schülerbeförderung im Landkreis Stendal aufzunehmen, da der Landkreis verpflichtet ist, entweder die freigestellte Schülerbeförderung oder die Spezialbeförderung anzubieten.

Der § 2 soll um einen 11. Absatz folgendermaßen ergänzt werden:

„Dabei ist **der Einzelfall** zu prüfen, inwieweit der öffentliche Personennahverkehr, die freigestellte Schülerbeförderung oder die Spezialbeförderung zu nutzen ist.“

Frau Braun bittet die Fachausschussmitglieder um Abstimmung.
Mit der o.g. Ergänzung wird der Beschlussvorlage 1-stimmig zugestimmt.

einstimmig zugestimmt

zu TOP 6 Diverse Beschlussvorlagen zur Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19 für den Landkreis Stendal
- Siehe Fachausschuss vom 19.11.13
- Beschlussvorlagen werden nachgereicht

Frau Braun berichtet, dass die in der Einladung angekündigten diversen Beschlussvorlagen nicht behandelt, sondern alle von der Tagesordnung genommen werden, da sich Änderungen ergeben haben.

Um keine Fehlentscheidungen zu treffen, haben sie und Herr Dr. Gruber keine Kraft und Mühen gescheut, einzelne Grundschulen zu besuchen, wie z.B. die Grundschule Groß Garz, Grundschule Sandau u.a.

Man könne sich nun durch die Vor- Ort- Beratungen ein besseres Bild von den einzelnen Schulen machen. Leider haben sich durch die Gebietsreform im Jahr 2010 einige Probleme aufgestaut, die auch nicht ausreichend diskutiert wurden. Jede Gemeinde beharrt auf ihrem Standpunkt. Aber ganz wichtig in diesem Prozess ist, dass die Eltern angehört und „mitgenommen“ werden.

Eine 1:1 Umsetzung der Vorstellungen ist sehr schwierig, und es muss nun entschieden werden, wie die Schulentwicklungsplanung in den nächsten 5 Jahren unter dem Aspekt, möglichst viele Schulen zu erhalten, vollzogen werden soll. Es werden auch Entscheidungen vorgeschlagen, die konträr zu den Beschlüssen der einzelnen Verbands- oder Einheitsgemeinden stehen, wie z.B. in der Verbandsgemeinde Elbe-Havel-Land (siehe 4. Vorschlag).

Insgesamt gibt es 6 Vorschläge, die, die so der Fachausschuss zustimmt, in die Planungen eingearbeitet und dem Kreistag auf seiner Sitzung am 19.12.2013 zur Abstimmung vorgelegt werden sollen. Sie schlägt vor, über jeden Vorschlag einzeln abzustimmen.

1. Einheitsgemeinde Stadt Osterburg

Hier: Erhalt der Grundschule (GS) Flessau

Die Gemeinden Boock, Einwinkel, Kossebau, Rathleben, Stapel, Wohlenberg, Gagel, Bretsch, Dewitz, Lückstedt und Priemern der Mitgliedsgemeinde „Altmärkische Höhe“ werden dem Schulbezirk der GS Flessau zugeordnet.

Die Ortsteile Drüsedau und Losse der Mitgliedsgemeinde „Altmärkische Höhe“ werden dem Schulbezirk der Grundschule Seehausen zugeordnet.

Der Ortsteil Heiligenfelde wird dem Schulbezirk der Grundschule Arendsee zugeordnet.

Frau Braun eröffnet dazu die Diskussion. Sie sagt, mit dieser Lösung kann die Grundschule Flessau langfristig erhalten bleiben.

Dr. Gruber ergänzt, dass damit nichts Grundlegendes geändert wird, da dies bereits jetzt praktiziert werde. Dennoch würde sich der Fachausschuss damit über einen Stadtratsbeschluss hinweg.

Dem Antrag wird mehrheitlich bei einer Enthaltung zugestimmt.

2. Verbandsgemeinde Seehausen

Hier: Erhalt der Grundschule (GS) Groß Garz

Herr Dr. Gruber informiert darüber, dass er die Grundschule gemeinsam mit Frau Braun besucht hat. Hier sollen die Schuleinzugsbereiche so angepasst werden, dass Grundschüler aus Krüden und Vielbaum ab dem kommenden Schuljahr in Groß Garz unterrichtet werden und nicht wie bisher an der Grundschule in Seehausen. Der Grundschule Seehausen ist dadurch nicht gefährdet.

Anderenfalls habe die Groß Garzer Einrichtung für die kommenden fünf Jahre keinen Bestand. Die Zahlen seien eindeutig.

Am 12.12.2013 werden er und der Verbandsgemeindebürgermeister Herr Reck ein Gespräch mit den Eltern der Kinder führen, die die Kindertagesstätte Krüden besuchen, denn es sei wichtig, die Eltern mit einzubeziehen und zu sensibilisieren.

Frau Braun ergänzt, die Beteiligten stehen der Problematik aufgeschlossen gegenüber und die Eltern vor Ort sind darauf eingestimmt.

3. Verbandsgemeinde Arneburg-Goldbeck

Hier: Erhalt der Grundschulen (GS) Rochau (-zeitweise als Außenstelle), GS Goldbeck, GS Iden

Frau Braun erläutert:

Nach umfangreichen Gesprächen mit allen Beteiligten und Abwägen von Vor- und Nachteilen lautet der Antrag, die GS Rochau solange als Außenstelle der GS Goldbeck zu erhalten, bis in Goldbeck ein Neubau der Grundschule erfolgt ist. Dies entspricht auch dem Willen der Elterninitiative, die nicht prinzipiell gegen den Standort Goldbeck ist, sondern fordert, dass sich die dortigen Gegebenheiten verbessern.

Die GS Rochau ist als Außenstelle der GS Goldbeck zu führen, da die Kapazitäten der GS Goldbeck nicht ausreichen, um alle Kinder aus dem Schulbezirk Rochau aufzunehmen. Damit die Schülerzahl am Standort Rochau nicht weiter sinkt und um sich die Chance zu wahren, eine Außenstelle Rochau einzurichten, müssen die Kinder aus den Gemeinden Groß Schwechten, Peulingen und Neuendorf am Speck weiter in der GS Rochau beschult werden.

Sie bedauert, dass der Stadtrat der Hansestadt Stendal keinen Beschluss zur Schulentwicklungsplanung gefasst hat.

Herr Dr. Richter-Mendau möchte dieses richtig stellen. Man habe sich wohl im Stadtrat über die künftigen Schulstrukturen Gedanken gemacht, doch da es sehr konträre Elternanträge gab, war man nicht in der Lage, einen mehrheitlichen Beschluss zu fassen.

Im Speziellen wird es dann um die Frage gehen, wie es mit den Gastkindern von Groß Schwechten in der GS Rochau geregelt wird.

Frau Braun sagt, wegen der Kostenfrage müsse man sich mit der Verwaltung einigen. Dabei sei es nun egal, ob die Stadt Stendal an die Verbandsgemeinde Arneburg - Goldbeck Gastschulbeiträge zahlt oder umgekehrt.

Herr Wiese meint, dieses Problem gibt es auch in der Verbandsgemeinde Seehausen.

Ihm fehlt aber jedes Verständnis dafür, wenn die Stadt Stendal Kosten in Rechnung stellt.

Herr Dr. Richter - Mendau entgegnet, es gehe ihm auch darum, die Schulen im ländlichen Raum zu erhalten. Wenn die Kinder jedoch woanders beschult werden, müsste ein finanzieller Ausgleich geschaffen werden. Mit seiner Fraktion wurde besprochen, auf die Einnahmen zu verzichten.

Frau Braun stellt fest, dass die SEPL immer an finanzielle Aspekte gebunden sein wird.

Herr Kühnel fasst zusammen, dass die vorgeschlagene Übergangslösung für die GS Rochau nur solange besteht, bis in Goldbeck eine neue Schule gebaut wird.

Frau Braun meint, dies finde auch überparteilich die Zustimmung.

Goldbecks Bürgermeister, Herr Dobberkau wird heute in die Pflicht genommen daran zu arbeiten, die entsprechenden Kapazitäten zu schaffen (z.B. zum Neubau einer Grundschule)..

Bei Veränderungen, die dann in die SEPL fließen, müsse man neu diskutieren.

Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt bei einer Enthaltung.

Herr Schönwald findet es traurig und beschämend, dass die Landesregierung einfach Zahlen vorgebe, die man dann auf Kreisebene umzusetzen habe. Dieses hat seiner Meinung nach wenig mit Demokratie zu tun. Er stellt die Frage: „Was passiert in den nächsten Jahren, wenn die Mindestzahlen weiter angehoben werden?“

Herr Wiese fügt hinzu, dass das Wohl der Schüler keine Rolle spielt, es der Landesregierung einzig um das Einsparen von Lehrerstellen geht. Damit versetzt die Landesregierung dem ländlichen Raum den Todesstoß.

Frau Braun sagt dazu, dass der Kreistag trotzdem gefordert wird, eine Entscheidung zu treffen. Sie fährt fort:

Zur GS Iden ist zu sagen, dass diese so wie bisher bestehen bleibt. Es gab dabei einen Spagat zwischen dem Bestand der GS Iden und der GS Werben.

Herr Dr. Gruber nimmt sich der Frage an und meint, ihm sei diese strittige Frage voll bewusst. Die Verwaltung folgt hier dem Beschluss. Er bekräftigt den Mut von Herrn Schwerin, der als Verwaltungsbeauftragter so eine Entscheidung getroffen hat, denn allen war klar, dass künftig 5 Schulstandorte keinen Bestand haben würden. Man habe dazu die Schülerzahlen ermittelt. Er habe bei der Entscheidungsfindung auch das Schreiben des Bürgermeisters der Hansestadt Werben, Herrn Hufschmidt, herangezogen und die geografische Lage von Iden und Werben verglichen. Man habe sich nach Abwägung aller Kriterien für die GS Iden als die GS in dieser Region entschieden, da sonst auch die Schülerbeförderungszeiten von 30 Minuten für Grundschulkin-der nicht eingehalten werden können. Die GS Werben muss leider aufgegeben werden.

Frau Schwarzer stellt die Anfrage, warum der Standort Werben aufgegeben wird und nicht der Standort Iden. Auch dieses wäre eine Option gewesen.

Sie sagt: „Die Stadt Werben ist tot ohne die Schule.“

Herr Dr. Heckenberger sagt, er könne Frau Schwarzer verstehen, doch irgendwann ist es auch mal gut. Man müsse die Entscheidung akzeptieren und keine Fronten aufbauen. Sonst drohe eine spätere Zusammenarbeit schwierig zu werden.

Herr Kühnel meint, dieser Fall ist sehr schwierig, denn nicht immer ist die Schule die bessere, die erhalten bleibt. Es ist für die Stadt Werben sehr schmerzlich, doch halten die Beweggründe und Begründungen der Entscheidung stand.

Herr Zimmermann hat bei dieser Diskussion ziemliche Bauchschmerzen. Dem Antrag auf Verlängerung zur Abgabe der SEPL beim Land wurde nicht stattgegeben und hier und heute solle man für oder dagegen entscheiden. Um sich in den Einzelfällen sachkundig zu machen, benötige man einfach mehr Zeit und für ihn ist fraglich, ob der Kreistag am 19.12.2013 über die SEPL entscheiden kann.

Frau Braun entgegnet darauf, dass man sich damit gegen die Gesetzgebung stellt und das Land dann die Entscheidungen trifft, z. B. keine Außenstelle in Rochau zu belassen. Sie halte gar nichts davon und unser Ziel müsse sein, soviel wie möglich zu erhalten..

Herr Kühnel erinnert daran, dass Herr Wiese bereits diesen Antrag gestellt hatte und trotzdem der Termin der gleiche geblieben ist. Es ändern sich auch keine Zahlen mehr und auch, wenn wir erst im Januar entscheiden, würden die Argumente die gleichen bleiben.

Die Beratungsfolge im Dezember sollte so beibehalten werden.

Herr Dr. Gruber stimmt dem zu. Seit Monaten beschäftigt die Zukunft der Grundschulen im Landkreis die Politik und Öffentlichkeit. Einige Entscheidungen wurden herausgezögert, so habe die Hansestadt Stendal bis heute keinen Beschluss. Die Eltern wollen aber Gewissheit haben und so ist die Entscheidung am 19.12.13 im Kreistag zu halten.

Mit 4 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen wird dem Erhalt der Grundschule Iden zugestimmt.

4. Verbandsgemeinde Elbe-Havel-Land

Hier: Erhalt der GS Klietz, GS Schönhausen mit Außenstelle Wust, GS Sandau

Frau Braun erläutert, dass beantragt werden soll, die GS Klietz, die GS Schönhausen mit der Außenstelle in Wust und die GS Sandau mittelfristig zu sichern.

Entgegen dem Beschluss der Hansestadt Havelberg wird vorgeschlagen, die Schüler aus Warnau, Garz und Kuhlhausen nicht in der GS Havelberg zu beschulen, sondern in der GS Sandau.

Herr Dr. Gruber äußert mehrere Argumente: so sei das Gebäude der GS Sandau erst vor zwei Jahren saniert worden, biete helle und große Klassenräume, habe einen großen Schulhof und eine moderne Zweifeldsporthalle. Auch Mehrheiten wurden abgewogen. Allein 28 Kinder direkt aus Sandau würden zu Fahrschülern werden gegenüber 8 Kindern aus dem Havelwinkel, die ohnehin zur Schule fahren müssen, egal ob nach Sandau oder nach Havelberg. Nach der Schule müssten die Sandauer Grundschüler zurück in die Heimatorte fahren, weil die Hortkapazität in Havelberg nicht ausreichen würde.

Die Kietzer Grundschule könne auch nicht alle Sandauer Schüler aufnehmen.

An dem Beschluss zum Erhalt der Grundschule Sandau wird festgehalten.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich Herr Kühnel, Herr Bartels, Frau Braun, Herr Schönwald, Herr Prange, Herr Heinicke, Herr Witt, Frau Friedebold und Frau Meyer.

Frau Meyer verweist auf die Unterschriftensammlung von fast 2000 Unterschriften für den Erhalt der GS Scholene und meint, da der Rat nicht schlüssig ist, solle es doch die Möglichkeit geben, noch eine andere Entscheidung fällen zu können. Sie bittet um Aufschub, bis der Verbandsgemeinderat noch einmal getagt hat.

Herr Witt erklärt, man bleibe bei dem vorliegenden Beschluss habe allerdings beschlossen, erneut über den Antrag abzustimmen. Das Ergebnis der Abstimmung sei abzuwarten.

Herr Wiese meint, man solle dem Antrag der Frau Meyer zustimmen

Frau Braun verweist darauf, dass er als beratendes Mitglied des Kreistages diesen Antrag nicht stellen könne.

Somit stellt Herr Schönwald den Antrag.

Herr Kühnel stellt fest, dass man heute über einige andere Schulen diskutiert habe.

Ein Bürgerbegehren sei nicht vorgesehen und man sollte, wie in den anderen Fällen, darüber abstimmen. Er ist anderer Meinung als Herr Wiese.

Frau Braun ist der gleichen Meinung wie Herr Kühnel.

Man könne nicht ewig diskutieren, denn die Eltern müssen endlich Planungssicherheit, Verbindlichkeit und Rechtssicherheit haben.

Sollte sich durch die Beschlusslage des Rates der Verbandsgemeinde Elbe-Havel-Land etwas Entscheidendes verändern, ist sie bereit, dieses am 19.12.2013 im Kreistag einzubringen.

Die Fachausschussmitglieder sind mit 5 ja-Stimmen und 1 Enthaltung dafür und auch Frau Meyer ist mit diesem Vorschlag einverstanden.

Der Antrag von Herrn Wiese auf Aufschub wird mit 2 ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Dem Erhalt der GS Sandau wird mehrheitlich zugestimmt mit 4 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen

5. Hansestadt Stendal

Hier: Erhalt der GS Börnitz

Frau Braun stellt fest, dass seitens der Hansestadt Stendal eine Verwaltungsvorlage vorliegt.

Die GS Möringen soll geschlossen, der GS-Standort Börnitz hingegen gestärkt werden.

Ein Wahlrecht für die Eltern, ihre Kinder in Börnitz oder Stendal beschulen zu lassen, wurde nicht empfohlen.

Der Antrag lautet, dass die Kinder aus den OT Döbbelin und Tornau in Stendal beschult werden und alle anderen Kinder in die GS Börnitz gehen, um diesen Standort nicht nur mittelfristig bis 2019, sondern auch langfristig zu sichern.

Dem Antrag wird mit 5 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zugestimmt.

6. Einheitsgemeinde Stadt Bismark/Altmark

Frau Braun verweist auf den vorliegenden Antrag:

Der Antrag lautet, dass die Kinder der GS Dobberkau, die im Jahr 2014 geschlossen wird, in Lerngruppen der GS Bismark zugeordnet wird.

Dieses System der Lerngruppen sollte für alle Schulen gelten, die zukünftig geschlossen werden. Dieses Verfahren ist für die Eltern sehr wichtig, wird von der Verwaltung getragen und mit den Verbands- und Einheitsgemeinden sowie mit dem Landesschulamt beraten und vorbereitet.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Herr Wiese stellt die Anfrage, ob eine Chance besteht, dieses ganze Paket an Anträgen und damit die SEPL vom Land genehmigt zu bekommen?

Herr Dr. Gruber meint, dieses gesamte Paket widerspiegelt die Entschlossenheit des Landkreises und bis auf den Standort Rochau als Übergangslösung besteht eine große Chance für die Genehmigung. Er wird dabei den Antrag des Bürgermeisters, Herrn Dobberkau für den Bau eines Schulneubaus in Goldbeck wohlwollend unterstützen

Frau Braun ergänzt, dass der Erfolg erstritten werden muss. Sie warnt davor, diese demokratische Entscheidung in Frage zu stellen. Wenn wir schon eine strukturell schwache Region sind, dann müssen auch alle zusammenhalten. Man sollte bedingungslos für die Anträge und Beschlüsse eintreten, so dass sich die Eltern keine Sorgen mehr machen müssen.

Alle Fraktionen sind nun zur Prüfung und sachlichen Diskussion aufgerufen.

Man habe einen Weg gefunden, möglichst viele ländliche Grundschulen zu erhalten und das sei das Ziel und gelebte Demokratie. Sie bedankt sich bei allen Beteiligten für ihre konstruktive und sachorientierte Mitarbeit an der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung des Landkreises. Dieser Dank geht nicht nur an die Kommunalpolitiker, sondern auch an Eltern und Engagierte in den einzelnen Orten, die sich mit Hinweisen und Anregungen einbrachten.

zu TOP 7 Mittelfristige Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19 für den Landkreis Stendal Vorlage: 531/2013

Unter Beachtung des TOP 6 wird der DS 528/2013 mehrheitlich zugestimmt.

mehrheitlich zugestimmt

zu TOP 8 Anfragen und Hinweise

Frau Braun erklärt, dass es keine Anfragen und Hinweise gibt.